

# „Die Politik will mir zeigen, wer

SYLVIA WÖRGETTER

Landesumweltanwalt Wolfgang Wiener befürchtet im SN-Gespräch eine scheinbar Demontage durch die Landesregierung. Als Indiz dafür wertet er Überlegungen, Verfahren und Gesetze zu vereinfachen, wie sie zuletzt etwa LH-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP) angestellt hat. Wirtschafts- und Arbeiterkammer hatten Wiener diese Woche heftig kritisiert.

**SN:** AK-Präsident Pichler hat in einem SN-Interview gemeint, Fische könnten zwischen zwei Salzachkraftwerken schwimmen und Vögel ein paar Meter neben der Liftrasse nisten. Ist es so einfach?

**Wiener:** Es ist eine grobe Vereinfachung. Über das Niveau möchte ich nicht diskutieren. Der Ausspruch beweist, dass momentan gewisse Grenzen für den Naturschutz aufgelöst werden. Das zeigt auch, dass der Nationalpark, der immer die höchste Kategorie der Schutzwürdigkeit war, in Diskussion kommt.

**SN:** Was befürchten Sie konkret für den Nationalpark?

**Wiener:** Jetzt beginnen Diskussionen darüber, wie man sogar die Kernzone des Nationalparks wirtschaftlich nutzen kann. Unter dem Deckmantel der Wirtschaftskrise wird versucht, langjährige Projekte, die bisher aus Naturschutzgründen für undenkbar galten, wieder durchzudrücken – die Stollenbahn in Rauris oder die Bahn von Sportgastein auf den Mölltaler Gletscher zum Beispiel. Voraussetzung dafür ist eine Änderung des Nationalparkgesetzes. Wenn das passiert, bersten Dämme. Da werden Tabus gebrochen. Aber die Landesregierung verhandelt darüber.

**SN:** Ein Argument der Kammern lautet, in Zeiten der Krise gehe es in allererster Linie darum, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

**Naturschutz.** Landesumweltanwalt Wolfgang Wiener schlägt Alarm: Seine Institution werde aushungert, der Nationalpark sei in Gefahr.

**Wiener:** Aber das ist in Salzburg ja möglich, wie die Fakten beweisen. Salzburg hat eine sehr niedrige Arbeitslosenquote, es hat eine extrem hohe Investitionsquote in touristische Projekte. 90 Prozent dieser Projekte gehen auch problemlos durch. Aber es gibt einige Projekte, bei denen die Umweltschutzgrenzen, die sich die Salzburger und ihre Landesregierung vor zehn Jahren gesetzt haben, überschritten werden. Dagegen muss ich auftreten.

Wenn kritisiert wird, dass Skiliftprojekte extrem aufwendig und teuer sind, dann muss man fragen, warum das so ist. Nicht, weil eine Schar Beamter möglichst aufwendige Verfahren machen will, sondern weil die Projekte selbst sehr gewagt sind. Man sieht das an der geplanten Verlängerung der Schmittenhöhebahnen Richtung

Piesendorf. Die Skierschließungskommission hat rechtzeitig davor gewarnt, dass es ein langes Verfahren werden kann. Da wird gerade eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht. Dieses Verfahren kann das Land gar nicht abkürzen. Dabei wird Recht des Bundes und EU-Recht umgesetzt. Das liegt gar nicht im Kompetenzbereich des Landes.

**SN:** Sie treten auch gegen Wasserkraftwerke auf. Dabei lautet der Grundkonsens zum Klimaschutz, auf erneuerbare Energie zu setzen.

**Wiener:** Es werden in Salzburg derzeit so viele Kraftwerke gebaut wie nie zuvor. Es gibt viele Projekte, wo das ohne große Einwände auch möglich ist. Aber daneben gibt es für mich Tabus: In der Salzach sind das

die ersten drei Kilometer nach der Quelle, die Strecke zwischen Werfen und Golling sowie das „Natura-2000-Gebiet“ gemeinsam mit Bayern unterhalb der Stadt Salzburg.

Ob Lift- oder Kraftwerksbau: Salzburg braucht einen neuen politischen Konsens, wo unsere Umweltschutzgrenzen in Zukunft liegen sollen. Man muss die Grenzen des Machbaren neu definieren.

**SN:** Was müsste dieser Grundkonsens enthalten?

**Wiener:** Ganz einfach: Was ist erlaubt? Was keinesfalls? Und dazwischen gibt es immer noch einen Graubereich.

**SN:** Sie haben angedeutet, die Umweltschutzkommission könnte aufgelöst werden. Welche Indizien haben Sie dafür?

**Wiener:** Es muss keine formelle Auflösung sein. Man kann auch den Handlungsspielraum extrem einengen. Man hat sukzessive unser Budget gekürzt. Heuer kann ich nur auf Pump

## Daten & Fakten

### Landtag beschloss die Rechte der LUA

Die Salzburger Landesumweltanwaltschaft (LUA) ist eine weisungsfreie und unabhängige Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie soll die Interessen von Natur und Umwelt im Bundesland vertreten. Eingerichtet wurde die LUA im April 1998 per Landtagsbeschluss. Ihre Kompetenzen und Rechte sind in einem eigenen Gesetz geregelt. Die LUA nimmt an Verwaltungsverfahren teil, begutachtet Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, sitzt in wissenschaftlichen Beiräten, berät das Land, Gemeinden und Bürger, vermittelt in Konfliktfällen und erstellt einen Tätigkeitsbericht.

## WIZANY



Die Ausholzer . . .

# der Stärkere ist“

wirtschaften. Wir werden einen Abgang von 35.000 Euro haben. Erst durch die Pensionierung und die Kündigung eines Mitarbeiters können wir nächstes Jahr wieder ausgeglichen bilanzieren.

Ich befürchte auch, dass die Rechte der Landesumweltanwaltschaft beschnitten werden. Das könnte bedeuten, dass uns das Recht genommen wird, die Höchstgerichte anzurufen, oder dass man uns die Weisungsfreiheit streicht. Man könnte auch die Parteistellung in den landesgesetzlichen Verfahren beschränken.

**SN:** Nennen Sie Ross und Reiter: Wer denkt an Beschneidungen Ihrer Rechte?

**Wiener:** Landesrat Eisl (Sepp, ÖVP, Anm.) hat mir schon vor Jahren mitgeteilt, es sei ihm ein Dorn im Auge, dass die Umweltanwaltschaft zum Verwaltungsgerichtshof gehen kann. Das ist ein offenes Geheimnis. Ich denke, dass alle Regierungsmitglieder derzeit den Wunsch haben, dass sich die Umweltanwaltschaft nicht offen gegen von der Regierung gewünschte Projekte stellt. Das bekomme ich öfter zu hören:

„Wir haben das beschlossen, und deshalb darf niemand dagegen sein.“ Die Politik will der Umweltanwaltschaft zeigen, wer der Stärkere ist.

**SN:** Sollte es zu einer Beschneidung Ihrer Rechte kommen, treten Sie dann zurück?

**Wiener:** Ich warte ab, was bei den Verhandlungen herauskommt. Und dann werde ich definieren, wo meine Schmerzgrenze liegt.

**SN:** Bei welchen Projekten stehen Sie am meisten im Konflikt mit der Landesregierung?

**Wiener:** Beim Salzkraftwerk Stegenwald. Die anderen drei machen mir keine Probleme. Bei den Skigebieten ist es der Tauernmooslift, den ich beim Verwaltungsgerichtshof beinsprucht habe. Was sich zu einem Problem entwickeln kann, sind Zusammenschlüsse von Skigebieten, die durch extrem hochwertige Ge-

biote führen wie zum Beispiel zwischen Werfenweng und St. Martin.

**SN:** Haben Sie den Eindruck, dass Sie überhaupt noch Unterstützer haben?

**Wiener:** Ja. Umweltschützer und Bürgerinitiativen auf lokaler Ebene. Da tut sich wieder sehr viel.

## STANDPUNKT

### Stark und schwach



MARTIN ARBEITER

Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer haben Wolfgang Wiener zu ihrem Lieblingsgegner erklärt (SN vom Montag). Sie werfen dem Umweltanwalt vor, wichtige Projekte für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt mehr oder minder mutwillig zu verzögern – vom Salzkraftwerk Lehen bis zum Tauernmooslift.

Eines haben AK-Präsident Siegfried Pichler und WKS-Präsident Julius Schmalz mit ihrer massiven Kritik erreicht – Wiener ist dadurch zu einer „grünen“ Symbolfigur geworden. Kein Politiker wird es jetzt wagen, den Umweltanwalt abzulösen oder in seinen Kompetenzen zu beschneiden. Das Signal nach außen wäre fatal: „Die Umwelt ist uns nichts mehr wert.“

Die Diskussion hat aber auch noch eine zweite skurrile Seite: Manche Umweltschützer werfen Wiener – der 1998 dem legendären Eberhard Stüber nachgefolgt ist – vor, ein schwacher Umweltanwalt zu sein. Das kann wohl nicht ganz stimmen, wenn Wiener alles das „angestellt“ hat, was ihm die Kammern nun vorwerfen. Dann müsste er der mächtigste Mann im Land sein.

Wolfgang Wiener agiert anders als sein Vorgänger – der oft auch polternd seine Meinung kundtat. Wiener kämpft um jedes Projekt – ob groß oder klein. Tauschhändler mit der Politik gibt es nicht. Und – das darf in der Diskussion nicht vergessen werden – der Landesumweltanwalt bekommt in vielen Verfahren schlussendlich auch Recht.

Ihre Meinung?

[www.salzburg.com/arbeiter](http://www.salzburg.com/arbeiter)



BILD: SN/ROBERT RATZER